

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkonto: Dresden 1580
Circulose Riesa Nr. 52.

Nr. 67.

Sonnabend, 20. März 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig (inkl. Post und Steuern). Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingegangen werden muß oder der Auftraggeber in Kontants gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller einen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goltzstraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Programmrede des neuen Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius.

Deutscher Reichstag.

10. März 1926.

Am Regierungstische: Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius.

Präsident Voche eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Die zweite Lesung des Haushalts des Allgemeinen Pensionsfonds wird fortgesetzt.

Ein Regierungsdirektor stellt fest, daß Anfang 1914 4821 Bataillonskommandeure vorhanden waren, 575 Regimentalkommandeure und 164 Generale und 7000 pensionierte Offiziere. Gegen die Umbenennung des Haushalts des allgemeinen Pensionsfonds in „Haushalt für Versorgung und Aufgehälter“ hat die Regierung nichts einzuwenden. Die Anstellung und Pensionierung des früheren württembergischen Rechtsanwalts und späteren Oberregierungsrats Schmidt sei zu recht erfolgt.

Der Etat für den allgemeinen Pensionsfonds wird erledigt.

Der Gesetzentwurf über die Geltungsdauer der Vorschriften für die Reichsversicherungsordnung wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des

Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

legt die Grundzüge der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik dar, wobei er zunächst auf die außenhandelspolitischen Fragen zu sprechen kommt. Der Handelsbilanz Deutschlands im Jahre 1925 beläuft sich in Ein- und Ausfuhr auf 21,2 Milliarden Mark. 30 Prozent mehr gegenüber 1924. Unsere Handelsbilanz war immer noch passiv. Wenn in den Monaten Januar und Februar dieses Jahres die Monatsbilanz aktiv gewesen ist, so beruht dieser Wechsel in erster Linie auf dem starken Rückgang der Einfuhr und in zweiter Linie auf einer geringen Steigerung der Ausfuhr. Der Umschwung beruht vor allem auf dem Schwinden unserer Kaufkraft und der akuten Krise der deutschen Wirtschaft, woraus sich ergibt, daß die Aktivität der Handelsbilanz nicht notwendig die Aktivität der Wirtschaft bedeutet.

Unsere Lebensmittelinfuhr zeigt eine ungeheure Verletzung. Realpolitisch ist weder in der Gegenwart noch in der nächsten Zukunft damit zu rechnen, daß wir uns aus der eigenen Scholle vollständig ernähren können. Der Existenzkampf zwingt uns auch ohne jede Rücksicht auf den Daseinsplan, die Ausfuhr zu steigern. Ein wesentliches Mittel, wie unsere Ausfuhr die überfall in der Welt bereiten Schwierigkeiten überwindet, liegt in einer erhöhten Aktivität unserer Handelsvertragspolitik. Vor allem kommt es darauf an, auf einen besseren Handelsausgleich in Europa selbst hinzuwirken. Leitender Gedanke bei unseren Handelsvertragsverhandlungen war der

Grundlag der Weltwirtschaftskonferenz.

Diese ist für mich kein Dogma, sondern nur ein Mittel. Handelspolitik darf nicht auf alle Zeiten festgelegt werden. Für die Gegenwart aber bleibt uns keine andere Wahl. Ein Abweichen von der Linie der Weltwirtschaftskonferenz würde ein gefährliches Experiment bedeuten. Die tarifmäßige Verfolgung der Handelsvertragspolitik ist auch durch den Währungsverfall in anderen Staaten erheblich verzögert und gehindert, und unter gesamer Innen- und Außenhandel durch das Volatadumping geschädigt worden. Hiergegen durchgreifende Abhilfe zu schaffen, liegt außerhalb der Einwirkung der Handelspolitik eines einzelnen Landes. Die Lösung dieses Problems dürfte eine der dankbarsten Aufgaben für die kommende Weltwirtschaftskonferenz sein.

Bei Behandlung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen ging der Minister mit einigen Worten auf die internationalen Eisenwerkstoffverhandlungen ein. Das Schienenkartell ist zustande gekommen, aber die Meldungen über seinen Inhalt waren verflüchtigt und irreführend. Es ist Vorsorge getroffen, daß der Abschluß nicht ohne Genehmigung der Reichsregierung erfolgt. Die Regierung hält das Zustandekommen einer internationalen Eisenwerkstoffverhandlung für erwünscht, wird aber alle für zu Gebote stehenden Mittel einwenden, um den inneren Markt vor einer wirtschaftlich nicht tragbaren Ausnutzung durch die eisenerzeugende Industrie zu schützen. Insbesondere macht die Regierung darüber, daß die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen nicht durch diese internationalen Eisenwerkstoffverhandlungen gehindert werden. Die Entwicklung unserer Handelsbeziehungen zu England verfolgt die Regierung mit großer Sorge.

Nach den getroffenen Vereinbarungen brauchen wir auf keinen Fall zu denken, daß die Engländer Zölle einführen, die unserem Handel abträglich sind. Gegebenenfalls werden wir von dem Schiedsgerichtsverfahren Gebrauch machen.

Es ist zu hoffen, daß der Generalagent für die Reparationszahlungen seinen ganzen moralischen und politischen Einfluß aufwendet, damit die Gläubigerländer die deutsche Ausfuhr bereitwilliger als bisher aufnehmen, sonst wird eine der grundlegenden Voraussetzungen für die Erfüllung des Dawesplanes wegfallen. Vielleicht läßt sich eine gewisse Klärung der Frage, ob die Voraussetzungen zur Durchführung des Dawesplanes in der gegenwärtigen Wirtschaft-

periode beeinträchtigt wurden, von der Tätigkeit des von uns beauftragten Enqueteausschusses erwarten. Eine unmittelbare Gefährdung der deutschen Sozialpolitik durch die Durchführung des Dawesplanes ist bisher nicht festzustellen. — Der Minister ging hierauf zu den

Frägen der Binnenwirtschaft

über und erörterte zunächst die vorübergehenden Hilfsmaßnahmen der Reichsregierung, u. a. die Ausfuhrgarantie bei dem Export nach Rußland und die Einrichtung der Exportkreditversicherung. Der Rußmarkt soll durch einen Zwischenkredit von 200 Millionen Mark belebt werden. Sehr schwierig ist die Lage des Ruhrkohlenbergbaues.

Sollte etwa die Unternehmung des englischen Kohlenbergbaues über den 1. Mai hinaus fortgesetzt werden, so kann ich zugleich namens des Reichswirtschaftsministers erklären, daß auch Mittel zur Unterstützung des deutschen Steinkohlenbergbaues freigemacht werden sollen.

Wir können nicht mit ansehen, daß deutsche Kohle durch Maßnahmen anderer Staaten auf dem Weltmarkt Einbuße erleidet, was zum Stillstand leistungsfähiger Werke führen und bei einer berechneten internationalen Einigung über den Abfall auf den deutschen Bergbau in unangenehmer Weise nachteilig wirken muß. Ueber der Notstandsaktion darf die Sorge für die wirkliche Gesundung der Gesamtwirtschaft nicht vergessen werden. Der Kreditmangel wird erst allmählich gehoben werden. Die von der Reichsbank im Jahre 1924 festgelegte Kontingenterstellung ist in der zweiten Hälfte 1925 schon aufgehoben worden. Die von der Herabsetzung des Reichsbankdiskonts erwartete Belebung des Kapitalmarktes ist nicht ausgeblieben. Bei der neuen Geldflüssigkeit rückt die Erwägung einer weiteren Herabsetzung des Reichsbankdiskonts nahe. Zusammen mit dem Reichsbank wird das Reichswirtschaftsministerium seine Bemühungen um die Hebung des Realzinses fortsetzen. Im Zusammenhang damit steht eine Verbilligung der Kredite. Die Banken haben ihre Zinssätze bereits herabgesetzt und haben hier bei den Verhandlungen in Aussicht gestellt, daß auch die Pfandkreditminderhöhe von ein Fünftel Proz. pro Monat auf ein Sechstel herabgesetzt werden sollen, sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse dies irgendwie erlauben.

Zur Preislenkungsaktion

betone ich, daß wir keine mechanische Preisregulierung betreiben. Behördliche Preisfestsetzungen werden sich nicht wiederholen. Wir müssen jedoch überlebte, volkswirtschaftlich schädliche Bindungen und Gewohnheiten lockern und aus dem Wege räumen. Der Minister ging dann kurz auf das Preislenkungsprogramm ein und betonte die Wichtigkeit der Statistik und der Enquete für die Wirtschaft. Die Produktionsstatistik habe eine bedeutende Erweiterung erfahren. Die Statistik müsse unparteiisch von aller Partei ihren Beitrag zur Objektivität und Neutralität weitergeben. Die Gründung des Instituts für Konjunkturforschung sei zu begrüßen.

Zweifellos macht, so fährt der Minister fort, unsere Wirtschaft einen Umstellungsprozess größten Ausmaßes durch, dessen Kennzeichen die Nationalisierung ist. Die feste Wille kann der Staat dadurch geben, daß er durch eine Verwaltungsreform seine eigene Nationalisierung vorwärts treibt. Der Gesetzentwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsminister wird hoffentlich in der Sommertagung verabschiedet werden. Beim Reichsgericht sollen Verwaltungsgerichte errichtet werden. Die Erweiterung der Kartellverordnung wird zurzeit in meinem Ministerium durch eine besondere kleine Kommission geprüft. Andererseits haben die Kartelle als Grundlage künftiger internationaler Vereinbarungen eine große Zukunft, und es wäre voreilig, durch eine rigorose Gesetzgebung in Deutschland unsere Beteiligung an internationalen Bindungen verhindern zu wollen. Es ist schwer und erfordert Sachkenntnis und Feingefühl, hier den richtigen Weg zu finden. Ich habe Vorsorge getroffen, daß die Wirtschaft an der Verwaltung in mein Ministerium einen erheblichen Anteil hat. (Beifall.)

Hg. Simon-Franken (Soz.) hält dem Reichswirtschaftsministerium vor, es habe die ihm gestellten Aufgaben nicht erfüllt. Die Politik des früheren Reichswirtschaftsministers sei für die Wirtschaft geradezu verderblich gewesen. Die Handelspolitik sei zu einem großen Mißstand geworden. Eine Erhöhung der Zölle sei nicht notwendig gewesen. Der Redner sucht die Schädlichkeit der Handelspolitik planmäßig nachzuweisen, zunächst an dem deutsch-französischen Handelsprovisorium das günstigste einseitige Zölle auf den besten Stein bedeute. Der deutsche Export nach Frankreich, der vor dem Kriege rund 1200 Millionen Goldmark betragen habe, sei um eine Milliarde zurückgegangen. Das bedeute einen Exportverlust an deutscher Arbeit von mindestens 600 Millionen oder die Arbeitslosigkeit von 250 000 Arbeitern. Eine Schuld der deutschen Regierung liege in dem Versuch, die deutschen Zölle im Interesse der Schwerindustrie aufrecht zu erhalten, und in der Verschleppung der Verhandlungen. Deutschland aße bei einem Zollkrieg in der Regel den Kürzeren. Der Zollkrieg, den wir mit Polen und Danzig führen, hat der deutschen Wirtschaft sehr schwere Schläge verleiht. Dasselbe gilt von Spanien. Die Folge ist die wachsende Zahl der Arbeitslosen. Das Sinken des Großhandelsindex sei auf das Sinken des Roggenpreises zurückzuführen. Das sei aber nicht das Verdienst der Regierung, sondern die Folge der guten Ernte. Auch die Politik der Banken habe die Arbeitslosigkeit stark vermehrt.

Hg. Jhr. v. Stauffenberg (Dnat.) legt schärfsten Protest ein gegen die geplante Vereinerung des Reichswirtschaftsministeriums mit dem Ernährungsministerium.

Die Interessen der Landwirtschaft würden darunter leiden. Gravierend sei die Ankündigung von Maßnahmen gegen das englische Kohlendumping. (Beifall rechts.) Die Schicksalsfrage des deutschen Volkes beruhe auf dem Problem des inneren Marktes. Es handle sich nicht darum, daß der Bauer ein paar Mark mehr für seine Produkte bekomme, sondern um die Lebensfähigkeit des ganzen deutschen Volkes. Es handle sich darum, ob wir eine reines Industrieland werden wollen, oder ob wir uns innerhalb der Weltwirtschaft eine nationale Selbständigkeit bewahren wollen. Die Freihandelslehre habe auch im Ausland nur noch wenig Anhänger. Schwach wir durch den Dawesplan zum Export gezwungen werden, leben wir jetzt in einer Welt, die viel weniger als früher geneigt ist, unsere Erzeugnisse abzunehmen. Dazu kommt noch die ungünstige englische Exportpolitik und das Selbstadumping anderer Länder. Der Redner verlangt eine energische Abklopfung der Einfuhr überflüssiger Waren aus dem Ausland. Die deutsche Wirtschaftspolitik stehe jetzt vor der entscheidenden Frage, ob es richtig ist, die deutsche Landwirtschaft zu Grunde zu richten, um ein paar Elektromotoren mehr exportieren zu können. Auch die Arbeiter sollten einsehen, daß das Gedeihen der Landwirtschaft in ihrem eigenen Interesse liegt. (Beifall rechts.)

Hg. Meyer-Vorlin (Dem.) stellt den Kern der Wirtschaftskrise in der Abhängigkeit von dem inneren Markt und dem Rückgang des Exports. Das Verlegen des inneren Marktes hat seinen Grund in der Verarmung der Verbraucher, das Nachlassen des Exports in dem verkäuflichen Wettbewerb der Uebersee und in den fast in der ganzen Welt erhöhten Schutzollmauern. Die frühere Regierung habe leider die Wirtschaft mit untragbaren Steuerlasten überbürdet und durch das Schutzollsystem die Handelsunkosten auf das empfindlichste hinausgeschraubt. Die sogenannte Preisabwärtigung habe daher mit einem großen Mißerfolg geendet. Wir brauchen ein einheitliches Wirtschaftsprogramm zur Behebung der Krise. Der Grundplan: Großer Umlauf, kleiner Nutzen; muß wieder zur Geltung kommen. Die Unterhaltung des Staates muß der Wirtschaft als solcher dienen. Es geht nicht an, daß einzelnen Zweigen Liebessgaben zugeführt werden. Der Redner steht dem Plan einer Exportkreditversicherung mit Reichsbeteiligung freundlich gegenüber. Die Erklärungen des Ministers über die Beziehungen zu England hätten auf das Unbefahrene übertraf. (Beifall links.) Der Redner empfiehlt die Herstellung von Kleinwohnungen und fordert die Beteiligung der Preisbereitsverordnung und der Mißstände im Kartellwesen. Er warnt vor einer Sondergesetzgebung gegen die kleinen. Man dürfe nicht dem Handwerk die gepanzerte Faust zeigen und die monopolistischen Bestrebungen der Landbesitzgenossen übersehen.

Der Redner begrüßt den Plan der Weltwirtschaftskonferenz und hofft, daß es den deutschen Vertretern gelingen möge, die anderen Nationen von der Notwendigkeit der Wiedereinstellung der deutschen Produktions- und Verbrauchskraft auf dem Weltmarkt zu überzeugen.

Hg. Dr. Dehner (Cent.) gibt zu bedenken, daß der gegenwärtigen außergewöhnlichen Wirtschaftskrise mit gewöhnlichen Mitteln nicht beizukommen sei. Die einzelnen Glieder der Wirtschaft dürfen dabei nicht isoliert betrachtet werden. Ein wesentliches Glied ist die Landwirtschaft. Deutschland müsse als Wirtschaftseinheit betrachtet werden. Leider haben die Handelsverträge die Erwartungen nicht erfüllt. Es handle sich nicht bloß um eine Kreditkrise. Die Beschaffung von Kredit allein könne nicht helfen. Wir sollten fremdländische Wirtschaftsinteressen mit unseren eigenen verknüpfen. Amerika könne uns rufen als Absatzmarkt und durch Beteiligung mit seinem Kapital. Die Unrentabilität unserer Landwirtschaft und unserer Industrie könne nicht an einem Tage behoben werden, sondern das sei Sache einer langen Entwicklung. Der Redner begrüßt die kommende Weltwirtschaftskonferenz und die Arbeitslosenkonferenz, Bestätigung tue not.

Hg. Roenen (Komm.) wirft der Sozialdemokratie Schuld vor. Im Plenum bekämpfte sie den Minister, während sie im Ausschuss mit ihm völlig einig sei.

Hg. Henning (Vol.) warnt entschieden vor einer Zusammenlegung des Wirtschaftsministeriums und des Ernährungsministeriums. Schuld an allem sei das Dawes-Gutachten.

Hg. v. Ranner (DVP.) empfiehlt die Zusammenlegung des Wirtschaftsministeriums mit dem Ernährungsministerium. Das läge durchaus im Interesse der Wirtschaft, die der Grundpfeiler unserer Wirtschaft sei. Die Handelsvertragspolitik des Reiches sei in unserer Lage kein Vergnügen, und es sei zweifelhaft, ob andere mehr erreicht hätten. Einige Handelsverträge hätten eine wesentliche Förderung der Ausfuhr gebracht.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen.

Erledigt wird noch der Etat des Reichstages. Dabei wird mitgeteilt, daß erwogen wird, ob nicht eine Kollektivunfallversicherung für sämtliche Reichstagsabgeordnete abzuschließen ist.

Sonnabend 12 Uhr: Wirtschaftsministerium, Haushalt des Reichspräsidenten.

Allen voran: Radeberger Pilsner! das bevorzugte erste deutsche Pilsner. Vertreter: Rich. Schwabe Riesa a. Elbe. Fernruf 49.